

Reusch von Linksregierung kaltgestellt

Bestrafe einen – erziehe hundert. Gemäß dieser Losung Maos hat die linke-linksextreme Regierung Berlins nun gehandelt. Wer der linken Propagandafloskel von der „kulturellen Bereicherung“ durch den Multikulturalismus mittels solider Fakten widerspricht, wie Staatsanwalt Reusch, gefährdet die Machtposition derer, die uns permanent die Realität verschweigen. Die hierfür Verantwortlichen offenbaren erwartungsgemäß eine antidemokratische Haltung, in der Informations- und Meinungsfreiheit nur noch in dem Rahmen stattzufinden hat, der ihren machtpolitischen und ideologischen Interessen dient.

Die Resultate des von den Linken und Grünen propagierten Multikulti (es gibt durchaus ein bereicherndes Multikulti, wo friedliches und Wohlstand förderndes Zusammenleben möglich ist), eskalieren zunehmend in Exzesse der Gewalt, der Intoleranz unter den Fremdethnien (siehe –Türken-Kurden-Konflikte, Araber-Türken-Konflikte), der Fremdenfeindlichkeit gegen Deutsche und der Frauenfeindlichkeit aufgrund islamisch-patriarchaler Wertvorstellungen, sowie der Überforderung der Sozialkassen. Angesichts dieser Fakten sind die Multikulti-Eliten auf die Desinformation der Bevölkerung angewiesen, um ihr Prestige und ihren Machtanspruch aufrecht erhalten zu können. Entsprechend handelt nun die Berliner Justizsenatorin von der Aue (SPD). Der Tagesspiegel schreibt:

Der umstrittene Oberstaatsanwalt Roman Reusch muss seinen Schreibtisch räumen. Dem Vernehmen nach soll der 53-Jährige, der seit fünf Jahren die Abteilung für jugendliche Intensivtäter leitet, eine Position in der Generalstaatsanwaltschaft erhalten. Reusch selbst soll sich damit abgefunden haben. Wie aus der Staatsanwaltschaft verlautet, wolle Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) die

Abteilung künftig stärker kontrollieren, sie „am Gängelband“ führen. Zudem seien weitere personelle Änderungen geplant, die Reusch nicht mittragen wolle.

(...)Die Vereinigung der Staatsanwälte (VBS) hält die Versetzung von Reusch für sehr problematisch. Es sei zwar „das gute Recht eines Behördenleiters, jemanden zu versetzen“, sagte die VBS-Vorsitzende Vera Junker dem Tagesspiegel. Im Fall Reusch aber entstehe der Eindruck, „mit Mitteln des Beamtenrechts jemandem die politische Meinung zu untersagen. Solange jemand nicht gegen die Verfassung verstößt, sollte man mit ihm einen politischen Diskurs führen. Auch wenn man nicht einer Meinung ist. Und Reusch ist ein ausgewiesener Fachmann auf seinem Gebiet“, sagte Junker.

Die Linksrünen in Berlin zeigen klar, dass sie allein bestimmen wollen, worüber die Bevölkerung informiert werden darf, und worüber nicht:

Er kenne zwar keine Klagen über die Arbeit von Reusch, sagte Klaus Lederer, Landeschef der Linken. „Wenn sich aber jemand jenseits der Verfassung und des geltenden Rechts in seinen Äußerungen bewegt, entsteht der Eindruck, dass das auch in der alltäglichen Arbeit passiert.“ Deshalb sei es „nachvollziehbar“, wenn Konsequenzen überlegt werden. Ähnlich argumentiert auch Volker Ratzmann, Fraktionschef der Grünen. „Reusch ist ein Hardliner und hat sich über die Grenzen hinaus positioniert.“ Wenn er Probleme mit dem Erziehungsgedanken des Jugendstrafrechts habe, dann „gehört er nicht auf die Position, die er innehat“, sagte Ratzmann.

So als wäre die bisherige Praxis des Umgangs mit jugendlichen Intensivtätern erfolgreich, als gäbe es nicht unzählige Opfer von Hassverbrechen, Diskriminierungen, von Raub und Körperverletzung, eines Klimas der Furcht aufgrund eines jederzeit über viele Bewohner Berlins hereinbrechenden Risikos

Opfer eines Verbrechens zu werden. So deutlich die Misstände des linken Multikulti-Kultes sind, so nebulös und moralisch verbrämt lauten die gegen Reusch gerichteten Propagandafloskeln. „Grenzen“ seien überschritten worden, „jenseits der Verfassung und des geltenden Rechts“. Worthülsen, die anklagen und Repression begründen, und zugleich ablenken sollen vom Sachverhalt eigentlich nicht hinnehmbaren, zunehmendem menschlichen Leids. Dem die Politik des linken Multikulturalismus und der Kuschelpädagogik nicht nur nichts wirksam entgegen setzt, sondern sogar einen Nährboden bereitet hat. Indem kriminelle Jugendliche kaum noch für sie unangenehme Konsequenzen zu erwarten haben, während gleichzeitig Kriminalitätsoffer die Erfahrung machen, dass der Staat seine Pflicht sie zu schützen, nicht mehr ausreichend wahrnimmt.

Doch mit der disziplinarisch motivierten Versetzung von Staatsanwalt Reusch soll nicht nur Herr Reusch persönlich getroffen und zermürbt werden. Sondern sein Fall wirkt zweifellos als abschreckendes Exempel für andere „Insider“ rund um den Themenkomplex Multikulti und Kriminalität. Was mit Staatsanwalt Reusch möglich ist, kann bald auch andere treffen, so bald sie sich in Widerspruch zu den Massenmanipulationsinteressen linksgrüner Politik begeben. Hier zeigt die linksgrüne Politik erstaunliche Härte und rasches Handeln, das man bei Kriminellen dafür umso mehr vermisst. Hier glaubt man eindeutig an den Effekt der Abschreckung, welcher bei der Verhängung von Strafen bei Verbrechen so gerne bestritten wird.

Uns, der Bevölkerung, zeigt das Vorgehen und die Einstellung dieser linken PolitikerInnen, den dahinter stehenden, immer totalitäreren Zügen annehmenden Herrschaftsanspruch. Und wie sicher sich die linken Eliten mittlerweile fühlen, ohne für sich selbst Nachteile befürchten zu müssen, wenn sie ihre Interessen ganz nach Bedarf gradezu willkürlich durchsetzen. Immer deutlicher wird hier eine antidemokratische Tendenz bei

der politischen Linken Deutschlands sichtbar, die über ihre Politik, ihre ideologischen Grundsätze, und die daraus folgenden Resultate, nicht mehr informieren und diskutieren lassen will. Eine Tendenz bei vielen Linken, die sich aufgrund ihrer ideologischen Festgefahrenheit und ihres Machtwillens, gemäß der inneren Logik eines selbst attestierten moralischen Überlegenheitsanspruches und hierauf gründenden Machtanspruches, wahrscheinlich noch deutlich verstärken wird.